

# **Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band I**

## **Die totalitäre Unterdrückung der Deutschen vom 8. bis zum 19. Jahrhundert**

### **Leben ohne Freiheit: 1.000 Jahre unwürdige Leibeigenschaft**

**Band I/030**

#### **Frankreich vom 17. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, Teil 2**

##### **Der "Wiener Kongreß"**

Beim sog. "Wiener Kongreß" (September 1814 bis Juni 1815) beschloß man, das alte europäische Staatensystem zu erhalten bzw. weitgehend wiederherzustellen.

Während der schwierigen Verhandlungen entwickelten sich in Wien erbitterte Streitereien um die Kriegsbeute, die nicht selten an den Rand eines neuen Krieges führten.

Der französische Diplomat Talleyrand-Périgord (galt als einer der klügsten und scharfsinnigsten Diplomaten seiner Zeit) nutzte den Streit der Siegermächte geschickt aus. Talleyrand-Périgord (ein ehemaliger Bischof) war ein außergewöhnlich gewandter, kluger und wandlungsfähiger Diplomat, der die zerstrittenen Siegermächte unentwegt äußerst geschickt gegeneinander ausspielte. Der charmante, galante französische Herzog gewann schnell die Zuneigung aller wichtigen Verhandlungsführer. Talleyrand-Périgord konnte die Siegermächte schließlich davon überzeugen, daß Napoleon der Hauptschuldige gewesen sei. Die französische Bevölkerung hätte sich zwangsläufig Napoleons diktatorischer Gewaltherrschaft beugen müssen.

Bei der Gebietsneuordnung schnitten Rußland und Großbritannien am erfolgreichsten ab.

Österreich konnte seine Gebiete im Südosten von Galizien, Oberitalien und Dalmatien (Küstenland an der Adria) abrunden, mußte jedoch als Ausgleich einige Gebiete am Oberrhein an Preußen und den Breisgau sowie benachbarte Gebiete an Baden und Württemberg abgeben. Die Habsburger verzichteten außerdem auf Belgien und zogen sich damit fast völlig aus Deutschland zurück.

Preußen kämpfte vergeblich um ein geschlossenes Territorium, denn die Habsburger sorgten zielstrebig dafür, daß die preußischen Gebiete durch das Königreich Hannover und Hessen in 2 große Landesteile aufgeteilt blieben. Preußen bekam zwar den nördlichen Teil Sachsens, die Rheinprovinz mit dem Saarland ("Wacht am Rhein"), weitere Teile Westfalens, Vorpommern mit Rügen (von Schweden), mußte im Gegenzug aber Ansbach und Bayreuth sowie Ostfriesland, Lingen, Goslar und Hildesheim an die Königreiche Bayern und Hannover abgeben. Preußen mußte ferner den Großteil der polnischen Gebiete an Rußland abtreten und behielt nur noch Westpreußen und Posen (Machterweiterung Rußlands in Ost- und Südosteuropa).

Dänemark mußte Norwegen an Schweden abtreten und bekam als Ersatz das Herzogtum Lauenburg. Der König von Dänemark (Herzog von Schleswig und Holstein) wurde damit ein Mitglied des Deutschen Bundes.

Frankreich erlitt keine Gebietsverluste, wurde etwa auf den Gebietsstand von 1792 zurückge-

drängt und blieb weiterhin eine europäische Großmacht.

Der 2. Pariser Frieden (November 1815) war angesichts der vielen neuen Kriegsoffer wieder ungewöhnlich mild. Frankreich mußte nur das westliche Saarland (mit Saarbrücken) an Preußen und Landau an Bayern abtreten.

Obwohl Frankreich vollständig besiegt wurde, waren die deutschen Staaten damals nicht in der Lage, die Rückgabe der gewaltsam annektierten Reichsgebiete (Elsaß und Lothringen) durchzusetzen. Die Reparationsleistungen betrug nur 700 Millionen Franc (x054/137), obgleich Napoleon mehr als 800 Millionen Franc aus den besetzten Ländern herausgepreßt hatte. Die Siegermächte verlangten jetzt aber wenigstens alle geraubten Kunstschatze zurück. Bis 1818 zogen die Siegermächte alle Besatzungstruppen vorzeitig aus Frankreich ab.

Obwohl man ungewöhnlich maßvolle Friedensbedingungen vereinbarte, fühlten sich die stolzen Franzosen jahrzehntelang gedemütigt und ungerecht behandelt. Die verlorene Großmachtstellung ließ Frankreich nicht ruhen, denn die angeblich erlittene Schmach mußte unbedingt getilgt werden.

Der deutsche Historiker Hellmuth G. Dahms schrieb später über den 2. Pariser Frieden von 1815 (x090/191): >>Der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815 nahm Frankreich zwar Saarbrücken und Landau, ließ ihm sonst aber die 1814 bewilligten Grenzen. Der Wunsch deutscher Patrioten nach Rückgliederung des Elsaß blieb unerfüllt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 18.09.2010) über den Wiener Kongreß von 1815 (x887/...): >>**Ziel der Befreiungskriege verpaßt**

Wieso das Elsaß und Lothringen 1815 bei Frankreich blieben - Patrioten nur im "zweiten Glied"

Trotz seiner katastrophalen Niederlage in den napoleonischen Kriegen gelang es Frankreich auf dem Wiener Kongress von 1815, das Elsaß und ganz Lothringen zu behalten. Doch schon damals engagierten sich Politiker in der zweiten Reihe für die Rückkehr dieser Gebiete zu Deutschland, die dann erst 1871 gelang.

Mit der Niederlage Napoleons in den Freiheitskriegen 1813/14 war die Gelegenheit entstanden, die deutschen linksrheinischen Gebiete, die Frankreich in den vergangenen zwei Jahrhunderten hauptsächlich unter König Ludwig XIV. durch Raubkriege und sogenannten "Reunionen" erobert hatte, zurückzugewinnen. Doch es kam nicht dazu.

Denn einerseits wollten die den Kongreß dominierenden Gleichgewichtspolitiker nicht so weit schwächen, daß es für die aus Preußen, England, Österreich, Rußland und eben Frankreich bestehende "Pentarchie" zu schwach geworden wäre. Andererseits wollten die Alliierten die von ihnen restaurierte Königsherrschaft der Bourbonen nicht durch einen allzu harten Frieden im eigenen Lande destabilisieren. Das ändert nichts daran, daß es bei den Alliierten im zweiten Glied durchaus Bestrebungen gab, die in den vorangegangenen Jahrhunderten von Frankreich gegen den Willen der örtlichen Bevölkerungen eroberten deutschsprachigen Gebiete zurückzugewinnen.

So versuchte der damalige bayerische Kronprinz Ludwig, der spätere König Ludwig I., nach dem Einzug der Monarchen der Siegermächte in Paris am 31. März 1814 den österreichischen Kaiser Franz I. dazu zu bewegen, sich für die Rückgabe der linksrheinischen Gebiete Elsaß und Lothringen einzusetzen. Mit einem flehentlichen Appell schrieb Kronprinz Ludwig an Kaiser Franz: " ... glüht der Wunsch in mir, Euer kaiserliche Majestät ... mögen bewirken, daß Frankreich über keine Teutschen mehr herrsche, das alte deutsche Elsaß, welches durch ... deren Vorfahren verlorengegangen, unter Euer kaiserlich-königlichen Majestät wieder erworben werde, Deutschland seine natürliche Grenze wieder erlange ..."

Der Kronprinz verwies darauf, daß eines der Kriegsziele der Befreiungskriege verfehlt wäre, würde man die annektierten Gebiete bei Frankreich belassen. Aber Österreichs Staatskanzler Clemens von Metternich konnte für diese Pläne nicht gewonnen werden. Der Kaiser antwortete-

te nur mit unverbindlichen Worten. Kronprinz Ludwig scheiterte mit seiner Forderung nicht nur an Kanzler Metternich, sondern letztlich auch an der Gleichgültigkeit der anderen deutschen Landesfürsten, denen nur die Fortdauer der Souveränität ihrer 38 Mittel- und Kleinstaaten wirklich wichtig war und die sich vor allem kaum hätten einigen können, wem diese Gebiete nach der Rückgabe hätten zufallen sollen.

Der Gedanke von Erzherzog Karl, des Siegers gegen Napoleon in der Schlacht von Aspern im Mai 1809, Bruder des letzten Kaisers Franz II. und Enkel Maria Theresias und ihres Gemahls Franz Stephan, dem letzten Herzog von Lothringen, wieder ein selbständiges Herzogtum Lothringen mit einem angegliederten Elsaß zu errichten, war naheliegend. Doch dem wollte Preußen nicht zustimmen, weil es so wenig wie Österreich eine Machterweiterung des jeweils anderen hinnehmen wollten.

Die beiden Großstaaten waren aber auch nicht bereit, das Land einem dritten Staat, wie dem mit seiner Pfalz unmittelbar angrenzenden Bayern zu überlassen. Allerdings finden wir auch in dieser Frage wieder im zweiten Glied eine andere Meinung. So entstand dem bayerischen Kronprinzen in dem preußischen Generalfeldmarschall und Heeresreformer August Neidhardt von Gneisenau ein Bundesgenosse, der sich in Wort und Schrift für die Vereinigung des Elsasses mit Bayern einsetzte. Aber Friedrich Wilhelm verbot seinem General unwirsch die Einmischung in die Politik und wies ihn zur Ruhe.

Erzherzog Johann notierte in seinem Tagebuch am 14. Juni 1814 resigniert: "Ich sehe Frankreich im Besitze seiner alten Provinzen, einer Vergrößerung von beinahe einer Million Menschen, keine Kontributionen, kurz nichts; ich sehe in dieser Sache bloß England, Frankreich und die Schweiz begünstigt." Alle Anstrengungen blieben vergebens. Deutschland hatte seine natürliche Westgrenze, die seit dem frühen Mittelalter stabile Sprachengrenze auf dem Kamm der Vogesen, die auch dem Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprach, nicht wiedererlangt.

Eine Veränderung wäre nach der Niederlage Bonapartes wohl möglich gewesen, doch interessierten sich von den beiden deutschen Sprechern auf dem Wiener Kongreß Metternich überhaupt nicht und Wilhelm von Hardenberg, der Vertreter Preußens, nur halbherzig und kraftlos. Für beide waren letztlich nur die Interessen ihrer eigenen Staaten ausschlaggebend. Österreich vereinnahmte Salzburg, Preußen Westfalen und einen großen Teil Sachsens.

Mit ihrem Versäumnis haben die deutschen Großmächte eine historische Gelegenheit ungenutzt gelassen. Die erst nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 noch einmal für 48 Jahre gelungene Rückgliederung Elsaß-Lothringens kam zu spät und blieb letztlich erfolglos.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über den Wiener Kongreß von 1815 (x057/126-128): >>... Bei der Neugestaltung Europas auf dem Wiener Kongreß wurde das Ziel der Erhebung nicht erreicht. Die beiden Großmächte Österreich und Preußen hatten verschiedene Wünsche und entzweiten sich bei der Gestaltung der deutschen Verhältnisse. Hierfür waren die Belange auswärtiger Staaten maßgebend, während die Forderungen der Nation unerfüllt blieben.

Österreich gab Vorderösterreich und Belgien preis, erhielt Tirol, Kärnten, Krain und Dalmatien zurück und wurde durch Galizien und die Lombardei mit Venetien in Oberitalien entschädigt. Damit war es eine osteuropäische Großmacht geworden und Deutschland noch mehr entwachsen.

Preußen verzichtete auf die Erwerbungen der beiden letzten polnischen Teilungen, behielt jedoch Danzig, ferner den Hauptteil der Provinzen Westpreußen und Posen. Es verlor Ansbach und Bayreuth an Bayern und Ostfriesland an Hannover. Dagegen erwarb es große zusammenhängende Gebiete in der heutigen Rheinprovinz und Westfalen zurück und entschädigte sich für seine Verluste durch den Erwerb von halb Sachsen und Vorpommern mit Rü-

gen. Preußen verstärkte dadurch seine Stellung in Norddeutschland, blieb aber ein zusammenhangloses Gebiet, das am Rhein und an der Weichsel die Wacht gegen Frankreich und Rußland übernehmen mußte und dadurch mit den Aufgaben Deutschlands aufs engste verwuchs.

...

England war die erste Seemacht und Rußland die erste Landmacht Europas geworden. Deutschland dagegen ging geschwächt aus dem großen Ringen hervor; denn die ersehnte Einigung blieb ihm versagt.

Durch die Wiener Schlußakte trat an die Stelle des früheren deutschen Reiches der Deutsche Bund, ein völkerrechtlicher Verband von 38 souveränen Staaten zum Schutz gegen äußere Angriffe und zur Erhaltung der Ruhe im Innern. Die Gesandten aller Staaten bildeten die Bundesversammlung und deren Ausschuß den Bundestag, der unter Österreichs Vorsitz in Frankfurt am Main ständig tagte. Während einige Gebiete außerhalb des Bundes blieben, waren England (für Hannover), die Niederlande (für Luxemburg) und Dänemark (für Holstein) im Deutschen Bund vertreten.

So wurde die Auflösung des Deutschen Reiches unter der Vormundschaft Europas durch die Wiener Schlußakte bestätigt. Der deutsche Bund war nicht lebensfähig, denn er bot weder eine politisch-militärische noch eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. ...<<

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über den "Wiener Kongreß" und Napoleons Kriegsziele (x065/299-300): >>Der Wiener Kongreß brachte schließlich 1815 die Wiederherstellung der alten Mächtekonstellation auf dem alten Kontinent. Frankreich wurde auf den Besitzstand von 1792 festgelegt, wobei die außenpolitische Kunst Talleyrands die Rivalität der Alliierten geschickt zu Gunsten Frankreichs ausnutzte. ... England aber war der eigentliche Gewinner des Kampfes. ... Die Niederwerfung des stärksten Kontinentalstaates hatte Englands schwer erschütterte Stellung als führende Weltmacht erneut gesichert.

Wie im Dreißigjährigen Krieg gab es auch in diesen Kämpfen eine Wandlung der Kriegsziele und -motive. Die Festlandkriege der französischen Revolutionszeit begannen als Zusammenstoß des revolutionären Frankreich mit den alten konservativen Mächten, die auf die Erhaltung der absolutistischen Staatsform bedacht waren. Bald aber wurden sie durch Englands Eingreifen zur machtpolitischen Auseinandersetzung um die Führung in Europa.

Napoleon I. erstrebte ein geeintes Europa unter Frankreichs Vorherrschaft, wobei er das Bürgertum durch Beibehaltung revolutionärer Errungenschaften - man denke an den Code Civil und seine Wirkung im linksrheinischen Deutschland - zu gewinnen hoffte. Durch Schonung der europäischen Dynastien und durch Heirat (Marie-Louise von Österreich) wollte er die Festlandmächte an sich binden.

Mit Rußland suchte er einen Ausgleich dadurch, daß er die russischen Expansionsgelüste im Ostseeraum und in Richtung auf das Mittelmeer unterstützte. Sein Hauptgegner blieb England, das in einem geeinten Europa den gefährlichsten Feind seiner Kolonial- und Seemachtstellung sah, ganz im Sinne der oranischen Balance-of-power-Politik. ...<<

Der Wiener Kongreß endete für Preußen und andere deutsche Staaten mit einer herben Enttäuschung, denn die angestrebte nationale Einigung Deutschlands und eine Erneuerung der römisch-deutschen Kaiserwürde scheiterten kläglich. Der österreichische Staatskanzler von Metternich, der an der Neuordnung 1814/15 wesentlich beteiligt war, konnte alle deutschen Einigungsbestrebungen mühelos verhindern und die Habsburger Vormachtstellung sichern.

An die Stelle des früheren Heiligen Römischen Reiches Deutschen Nation trat am 8. Juni 1815 der sog. "Deutsche Bund", der sich aus der völkerrechtlichen Vereinigung von 35 souveränen deutschen Fürsten und den 4 Freien Städten (Bremen, Hamburg, Lübeck und Frankfurt) zusammensetzte. Die größten Mitgliedstaaten waren Österreich (9,5 Millionen Einwohner), Preußen (7,9 Millionen Einwohner) und Bayern (3,5 Millionen Einwohner). Dem Deutschen Bund gehörten auch die Könige von Dänemark (für Holstein und Lauenburg), Großbritannien

(für Hannover) und Holland (für Luxemburg und Limburg) an.

Der Deutsche Bund war lediglich ein lockerer Zusammenschluß von Einzelstaaten. Das zentrale Organ des Deutschen Bundes war die ständig tagende Bundesversammlung (Gesandtenkongreß) in Frankfurt/Main. Der Deutsche Bund und die Bundesversammlung (oberste Behörde) in Frankfurt standen naturgemäß unter österreichischer Führung. Da der Deutsche Bund aus zahlreichen selbständigen Staaten mit speziellen Hoheitsrechten (unterschiedliche Stimmrechte, Austritts- und Vetoverbot etc.) bestand, konnte man meistens keine Beschlüsse fassen, so daß dieser Staatenbund oft handlungsunfähig blieb.

Infolge dieser Handlungsunfähigkeit machte sich der Deutsche Bund später regelmäßig zum Gespött aller europäischen Nachbarn (ähnliche parlamentarisch-demokratische Grundsätze hatten vorher schon das polnische Königreich zugrunde gerichtet), so daß sich unter den deutschen Patrioten und ehemaligen Freiheitskämpfern schnell große Enttäuschung und Verbitterung ausbreiteten. Die Hauptaufgaben des Deutschen Bundes bestanden damals eigentlich nur darin, die Bildung eines nationalen deutschen Zentralstaates zu verhindern.

Der deutsche Historiker Christian Zentner schrieb später über das "System Metternich" (x065/305-306): >>... Die eigentlichen Sieger über Napoleon waren die alten, absolutistischen Machthaber. Sie erstrebten unter der geistigen und diplomatischen Führung des österreichischen Staatskanzlers Fürst Clemens von Metternich auf dem Wiener Kongreß von 1815 die Restauration der vorrevolutionären absolutistischen Staatsordnung in Europa.

Metternichs Idee des Gleichgewichts unter autonomen Großmächten machte ihn zum außenpolitischen Verbündeten der Engländer, die in dieser Übereinstimmung einen wichtigeren Faktor ihrer Politik sahen als etwa in der Liberalisierung Europas und Deutschlands. Metternich wurde so zum Gegner der nationalen und liberalen deutschen Bewegung, die er auch im Interesse des Zusammenhalts des österreichischen Nationalitätenstaates unterdrückte.

Wie wenig man in Wien auf echte nationale Anliegen Rücksicht nehmen wollte, zeigte die Tatsache, daß es erst heftiger Proteste der Einwohner Saarbrückens bedurfte, um die Rückkehr der Saar zu Preußen, also einem deutschen Lande, zu erzwingen.

Der Deutsche Bund (1815) wurde daher nur eine Föderation praktisch souveräner deutscher Fürstenstaaten. Der Bundestag in Frankfurt war ein Gesandtenkongreß, keine Volksvertretung. ... Der "Deutsche Bund" wurde zum Instrument österreichischer Machtpolitik statt zur staatlichen Zusammenfassung aller Deutschen im Sinne der Bewegung der "Jungdeutschen".

...

Die Zeit zwischen 1815 und 1848 war erfüllt vom Kampf zwischen dem "System Metternich" und den revolutionären Kräften. 1815 wurde die Burschenschaft in Jena gegründet. Sie setzte die Ziele der "Deutschen Bewegung" der Befreiungszeit fort und erstrebte unter ihrer Fahne Schwarz-Rot-Gold ein konstitutionelles, christliches deutsches Reich. Die Stärke dieser Bewegung zeigte sich 1817 bei dem Wartburgfest der Burschenschaftler mit seiner Erinnerungsfeier an die Reformation und die Schlacht bei Leipzig. Es kam zur Verbrennung der Bundesakte, reaktionärer Schriften und Symbole. ...<<

### **Frankreichs Kolonialpolitik und die Wiederherstellung der jahrhundertealten europäischen Vormachtstellung**

Belgien (ehemals habsburgische Niederlande), das überwiegend katholisch war, fühlte sich von den protestantischen Holländern benachteiligt. Im August 1830 brach in Brüssel ein Aufstand gegen die Holländer aus.

Im Oktober 1830 erklärten die siegreichen Aufständischen die Unabhängigkeit Belgiens. Frankreich setzte schließlich die Unabhängigkeit Belgiens gegenüber den Niederlanden durch. Ein französisches Heer griff im Jahre 1830 die Stadt Algier an und eroberte danach Algerien. Die europäischen Großmächte erklärten Belgien während einer Konferenz in London im Jahre

1831 für immer zu einem neutralen Staat. Dadurch verhinderte vor allem England die ursprünglich angestrebte französische Übernahme Belgiens (x254/98).

Das französische Heer gründete im Jahre 1831 die Fremdenlegion.

Die Fremdenlegion war eine Berufsarmee, die vor allem in den Kolonialkriegen Frankreichs eingesetzt wurde. Diese Freiwilligentruppe nahm diensttaugliche Männer aller Nationen auf.

Der französische Ministerpräsident Adolphe Thiers (1797-1877) forderte im Jahre 1840 die Wiederherstellung der Rheingrenzen von 1806 (x142/302). In den deutschen Staaten brach danach ein Sturm der nationalen Entrüstung und Abwehrbereitschaft los.

Napoleons Leichnam wurde im Jahre 1840 von der Atlantikinsel Sankt Helena nach Paris in den Invalidendom überführt. Das Grab des "kleinen Korporals" wurde danach zum Wallfahrtsort für viele Franzosen.

Französische Truppen griffen im Jahre 1844 Marokko an.

Französische Kriegsschiffe griffen im Jahre 1847 Danang in Vietnam an.

Der französische Außenminister Bastide schrieb am 31. Juli 1848 an den französischen Botschafter in Berlin (x056/235): >>Ich schätze, daß die Einigung Deutschlands aus diesem Vierzigmillionen-Volk eine für seine Nachbarn ganz andere beunruhigende Macht entwickeln wird, als Deutschland heute ist und ... (ich weiß nicht), welches Interesse wir haben, diese Einigung zu wünschen, geschweige denn zu fördern. Der Expansionsgeist, der sich in Deutschland offenbart, ist nicht gerade beruhigend. ...<<

Nachdem man bereits 1833/34 zwischen 19 deutschen Staaten die Zollschlagbäume entfernt hatte ("Deutscher Zollverein"), versuchte Preußen im Jahre 1849 nochmals die Bildung eines "kleindeutschen Bundesstaates". Die Vereinigung des Deutschen Reiches scheiterte jedoch am erbitterten Widerstand Österreichs und an einigen anderen deutschen Landesfürsten. Die Habsburger weigerten sich, ihre jahrhundertelange Vormachtstellung abzugeben.

Die benachbarten europäischen Großmächte Frankreich und Rußland waren natürlich ebenfalls gegen eine Vereinigung von etwa 33,7 Millionen Deutschen (x141/145), um das angebliche Gleichgewicht in Europa nicht zu gefährden.

Charles Louis Napoleon Bonaparte (1808-1873, ein Neffe Napoleons I., seit 1848 Präsident der Zweiten Republik) führte am 2. Dezember 1851 einen Staatsstreich durch. Er ließ am Jahrestag der Kaiserkrönung Napoleons I. das Parlament gewaltsam auflösen und die führenden Politiker verhaften.

Der diktatorische Alleinherrscher Napoleon strebte danach zielstrebig die Wiederherstellung der jahrhundertealten Vormachtstellung Frankreichs in Europa an. Charles Louis Napoleon Bonaparte konnte und wollte den schnellen Aufstieg Preußens und die drohende Vereinigung mit weiteren deutschen Staaten naturgemäß nicht dulden. Ein französisch-deutscher Konflikt war deshalb nur noch eine Frage der Zeit.

Charles Louis Napoleon Bonaparte wurde im Dezember 1852 französischer Kaiser (Napoleon III.).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Außenpolitik des 2. französischen Kaisertums (x057/146-148): >>Ein persönliches Regiment verfolgte Napoleon III. namentlich in der Außenpolitik. Von dem Wunsche beseelt, sich und seine Dynastie zu festigen, brauchte er außenpolitische Erfolge, die er durch friedliche Mittel zu erlangen hoffte. Dabei hatte er Rücksicht zu nehmen auf den Willen des französischen Volkes, das die alten Ziele der "natürlichen Grenzen" forderte.

Bei jeder ihm günstig erscheinenden Gelegenheit griff Napoleon in die Politik europäischer Staaten ein. Er stützte sich darauf auf das Nationalitätenprinzip, d.h. er wollte Beschützer aller derjenigen Völker sein, die eine Befreiung aus fremder Herrschaft erstrebten und sich die nationale Einheit erkämpfen wollten.

Den ersten Anlaß, in die europäischen Verhältnisse einzugreifen, bot ihm Rußland. Hier re-

gierte Zar Nikolaus I. (1825 bis 1855), der unumschränktes Oberhaupt des Staates und der Kirche war. Im Bestreben, den Balkan und die Meerengen zu beherrschen, forderte der Zar vom Sultan die Schutzherrschaft über alle Christen auf dem Balkan und griff zu den Waffen gegen die Türken (Krimkrieg 1854-56).

Das Vordringen Rußlands gegen Konstantinopel bedrohte aber die Interessen Englands im Mittelmeer. Diesem schloß sich Frankreich und später Sardinien an. Im Bund mit der Türkei eroberten die Westmächte die starke russische Festung Sebastopol (Halbinsel Krim). Der Friedenskongreß fand in Paris unter französischem Vorsitz statt und machte die Walachei und Moldau zu einem Fürstentum Rumänien (1881 Königreich).

Das Schwarze Meer wurde für neutral erklärt, der Bosphorus und die Dardanellen für alle Kriegsschiffe gesperrt. Die Folge war der Gegensatz zwischen England und Rußland, und da Österreich neutral geblieben war, der Gegensatz zwischen Rußland und Österreich. Die "Heilige Allianz" war endgültig zertrümmert.

Frankreichs Ansehen war gestiegen und Napoleon trachtete nach einer neuen Gelegenheit zum Eingreifen. Diese bot sich in Italien, wo die Einheitsbewegung wieder erwacht war. ...

Nach einer vergeblichen Erhebung gegen Österreich (1848) suchte Viktor Emanuel von Sardinien mit seinem Minister Cavour die Einigung Italiens mit Hilfe Napoleons zu erreichen. Gegen die Zusicherung von Savoyen und Nizza stellte Frankreich ein Heer und besiegte die Österreicher bei Magenta und Solferino (1859). Im Frieden von Zürich trat Österreich die Lombardei an Frankreich ab. Napoleon übergab die Lombardei an Sardinien, wofür er Savoyen und Nizza von Frankreich erhielt.

Den amerikanischen Bürgerkrieg (1861-65) benutzte Napoleon, um in die Wirren Mexikos einzugreifen (1861-67). Er ließ das Land unterwerfen und den österreichischen Erzherzog Maximilian als Kaiser von Mexiko ausrufen. Aber die neugeeinten Vereinigten Staaten setzten den Abzug des französischen Heeres durch. ...

Auch bei der Einmischung in den Aufstand Polens gegen Rußland hatte der Kaiser der Franzosen keine glückliche Hand. Gemeinsam mit England und Österreich unterstützte Frankreich die Polen bei ihrem Aufstand gegen Rußland, während Preußen sich Rußland anschloß. Der Aufstand scheiterte, und Polen wurde dem russischen Einfluß völlig ausgeliefert. Frankreich geriet durch sein Verhalten in Gegensatz zu Rußland, während sich zwischen Preußen und Rußland ein enges Einvernehmen anbahnte. ...<<

Der "Krimkrieg" endete im Jahre 1856 mit dem "Frieden von Paris". Nach dem siegreichen "Krimkrieg" kehrte Frankreich endgültig in den Kreis der europäischen Großmächte zurück und löste die bisher führende Kontinentalmacht Rußland ab.

Napoleon III. versuchte zielstrebig, die französische Vormachtstellung zu erneuern. Im Jahre 1858 schlossen Frankreich, das Königreich Sardinien und Piemont ein geheimes Bündnis gegen Österreich.

Napoleon III. leistete im Jahre 1859 französische Waffenhilfe bei der Befreiung Oberitaliens und vergrößerte außerdem das französische Kolonialreich in Ostasien.

Französische Truppen eroberten im Jahre 1859 Saigon in Vietnam.

Für die französische Waffenhilfe bei der Befreiung Oberitaliens erhielt Frankreich im Jahre 1860 Savoyen und Nizza.

Französische Truppen besetzten von 1860-1862 große Teile des Mekong-Gebietes.

Aufgrund von Christenverfolgungen besetzten französische Truppen 1860/61 vorübergehend Libanon.

## **Die preußisch-französischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71**

Nachdem die preußischen Könige Friedrich W. III. (1770-1840) und Friedrich W. IV. (1795-

1861) die Vormachtstellung Österreichs widerspruchlos anerkannt hatten, änderte sich ab 1861 das preußisch-österreichische Verhältnis grundlegend.

Als die letzten preußisch-österreichischen Verhandlungen im April 1866 scheiterten, nutzte Bismarck den "geplanten Streit" um Schleswig und Holstein kaltblütig aus. Preußen trat nach den gescheiterten Verhandlungen sofort aus dem Deutschen Bund aus und ließ preußische Truppen in Holstein einmarschieren, das damals von den Österreichern verwaltet wurde.

Der preußische Generalstabschef von Moltke schrieb später über den preußisch-österreichischen Krieg (x237/175): >>Der Krieg von 1866 ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf, nicht um Ländererwerb, Gebietserweiterung oder materiellen Gewinn, sondern für ein ideales Gut - für Machtstellung. ...<<

Obleich Bismarck kein überzeugter Militarist war, stellte der Krieg auch für Bismarck ein politisches Machtinstrument dar ("Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln"). Grundsätzlich hielt Bismarck eigentlich nichts von kriegerischen Triumphen. Bismarck kämpfte lieber mit diplomatischen Mitteln, die er fast immer geschickter als seine Gegenspieler einsetzte. Vor dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg sicherte sich der vorsichtige und erfahrene Bismarck frühzeitig gegenüber den europäischen Großmächten ab.

Aufgrund seiner ausgezeichneten persönlichen Beziehungen und geschickten Diplomatie ("unverbindliche Versprechungen") konnte er 1866 Rußland, Frankreich und Italien für seine Pläne gewinnen.

Frankreich spielte mit Preußen und Österreich wie gewöhnlich ein elegantes Doppelspiel. Der französische Kaiser Napoleon III. verpflichtete sich gegenüber Preußen zur Neutralität und schloß gleichzeitig mit dem vermeintlich stärkeren Österreich am 12. Juni 1866 ein Geheimabkommen ab (x063/395). Die preußische Provinz Schlesien sollte danach an Österreich fallen, während Frankreich alle preußischen Rheinprovinzen forderte.

Im Verlauf des deutschen Bürgerkrieges schlugen die preußischen Truppen schließlich unerwartet schnell und überraschend zu. Bereits nach einigen Tagen wurden die deutschen Staaten Hannover, Hessen und Sachsen überrannt und besetzt. Gleichzeitig griffen 2 preußische Armeen die Österreicher in Böhmen an.

Als auch die 3. preußische Armee, die man mit der Eisenbahn in das Kampfgebiet nach Böhmen transportierte (erstmalig wurde ein großer Truppentransport per Bahn durchgeführt), urplötzlich in die Kämpfe eingriff, fiel die Entscheidung zu Gunsten der Preußen. Am 3. Juli 1866 besiegte der überragende preußische Militärstrategie Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke mit seinen Truppen die Österreicher in Böhmen bei Königgrätz an der Elbe entscheidend.

Die übrigen norddeutschen Staaten und Preußen schlossen danach den sog. "Norddeutschen Bund", der den Deutschen Bund ablöste. Bis 1867 traten alle deutschen Staaten nördlich des Mains dem Norddeutschen Bund bei. Die süddeutschen Staaten behielten wegen des französischen Widerstands ihre Selbständigkeit, mußten sich aber mit Preußen gegen Frankreich verbünden. Österreich wurde aus dem deutschen Staatenbund ausgeschlossen und mußte den neuen Norddeutschen Bund im August 1866 anerkennen (Frieden von Prag). Das Großherzogtum Luxemburg (bisher deutscher Bundesstaat) wurde im Jahre 1866 selbständig.

Nach der überraschenden österreichischen Niederlage forderte Napoleon III. am 5. August 1866 für die französische Neutralität das Saarbecken, die bayerische Pfalz, Rheinhessen mit Mainz, Landau, Germersheim und belgische Gebiete (x063/399-400).

Bismarck, der im Gegensatz zu den Österreichern keine verbindlichen Gebietsabtretungen zugesagt hatte, lehnte diese französischen Gebietsforderungen jedoch in "scharfer Form" zurück. Die französischen Hoffnungen, Österreich gegen Preußen zu gewinnen, um das linke

Rheinufer zu erobern, scheiterten ebenfalls. Danach begann zwischen Bismarck und Napoleon III. ein jahrelanges "Duell".

Besonders die Tatsache, daß Preußen immer mächtiger wurde und die geschickten französischen Machtpolitiker mit Bismarck erstmalig einen gleichwertigen bzw. überlegenen Gegenspieler gefunden hatten, mißfiel den deutschen Erzfeinden natürlich ungemein.

Nach der katastrophalen Niederlage gegen Preußen wurde die deutsch-österreichische Vormachtstellung der Donaumonarchie in ihren Grundfesten erschüttert. Das Habsburger Reich mußte im Jahre 1867 nach langen, schwierigen Verhandlungen in den Doppelstaat Österreich-Ungarn umgewandelt werden. Ungarn (einschließlich Kroatien, Siebenbürgen, Slawonien u.a.) wurde ein selbständiges Königreich, das jedoch in Personalunion mit Österreich verbunden blieb.

Napoleon III. versuchte im Jahre 1867 vergeblich, Luxemburg (bis 1866 Mitglied des Deutschen Bundes) von den Niederlanden zu erwerben, da Preußen diesen Kauf verhinderte.

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

### **Der französisch-deutsche Krieg 1870/71**

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erobert und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab. Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche" vom 13.07.1870).

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Aus-

bruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Der deutsche Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) schrieb später über die Kriegsverantwortung Bismarcks (x056/249): >>Es ist ein versimpelndes Schlagwort, daß er ein Politiker der brutalen Gewalt gewesen sei, der rücksichtslos über Verträge und Völkerrecht hinwegschritt, sobald es um die Macht Preußens ging. Weder war er der "Eiserne Kanzler", ... der immer rechtzeitig mit der Faust auf den Tisch zu hauen verstand, ... noch ein gewissenloser ... Abenteuerer. Freilich gehörte für ihn noch der Krieg zu den legitimen Mitteln der Staatskunst, wenn es um "Lebensinteressen" der Nation ging, ... (während der) große Krieg (heute) zum Selbstmord der Menschheit geworden ist. ...

Man kann ihn in seiner Kriegspolitik den letzten Kabinettpolitiker im Stile ... Friedrichs des Großen nennen - aber auch in der bewußten Beschränkung der Kriegsziele und Kriegsmethoden. ...

Der Krieg war in Bismarcks Epoche legitim, auch der Angriffskrieg, wenn alle anderen, mit reicher Phantasie ersonnenen versagten, und jedesmal mit echtem, sittlich-religiösem Verantwortungsbewußtsein unternommen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte ernstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...

Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.

Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.

Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.

Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen. Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärte am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Deutsche und französische Historiker erklärten später in einer gemeinsamen Studie zur Kriegsverantwortung (x056/249): >>Beide Seiten (haben) dazu beigetragen, ... die bestehenden Spannungen zu verschärfen:

1. Bismarck durch seine geheime Förderung der hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien, durch die er hoffte, Napoleon ... diplomatisch so in die Enge zu treiben, daß der Sturz des kaiserlichen Regimes die Folge sein konnte. ...
2. Napoleon und sein Kabinett durch Übersteigerung ihrer diplomatisch-politischen Gegenoffensive seit dem 6. Juli, vor allem durch die Garantieforderung an König Wilhelm, durch die sie sich vor Europa ins Unrecht setzten, obwohl Napoleon und die meisten seiner Minister im Grunde den Krieg mehr fürchteten als wünschten.
3. Zuletzt Bismarck durch die bekannte Kürzung der Emser Depesche, die zwar keine "Fälschung", aber eine bewußte Verschärfung darstellt mit dem Ziel, Frankreich zur Hinnahme einer schweren diplomatischen Niederlage oder zur Kriegserklärung zu zwingen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 29.05.2004) über die preußisch-französischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 (x887/...): >>**Der letzte Schritt auf dem Weg zum Reich**

Im Deutsch-Französischen Krieg bricht Preußen den Widerstand Kaiser Napoleons III. gegen die deutsche Einheit

Traditionell lieben französische Staatsführungen Deutschland so sehr, daß sie froh sind, wenn es mehrere davon gibt, und daß sie das ihnen mögliche tun, um dazu beizutragen. So hatte der

Kaiser der Franzosen im Prager Frieden vom 23. August 1866, der den Deutschen Krieg beendete, durchgesetzt, daß Deutschland dreigeteilt wurde in den preußisch dominierten Norddeutschen Bund, der die Maingrenze im Süden nicht überschreiten durfte, in das Kaiserreich Österreich sowie in die süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten des sogenannten Reinen oder Dritten Deutschlands, die analog zum Norddeutschen einen Süddeutschen Bund bilden sollten, der "eine internationale unabhängige Existenz haben wird".

Dazu, daß es zu diesem von Frankreich protegierten Südbund nie gekommen ist, haben Bayern auf direktem und Österreich auf indirektem Wege nicht unwesentlich beigetragen. Es war nämlich der damalige österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich gewesen, der auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 dafür Sorge getragen hatte, daß Preußen und Bayern Exklaven im Rheinland besaßen. Zum einen sollten die beiden Mächte, die zuvor häufiger mit Frankreich gegen die deutsche Zentralgewalt paktiert hatten, dadurch genötigt sein, sich an der Wacht am Rhein zu beteiligen.

Zum anderen hoffte Metternich zu Recht, daß Bayern und Preußen fortan versuchen würden, eine Landbrücke zwischen dem Mutterland und der Exklave im Westen zu schlagen, und daß dieses Bemühen die betroffenen Nachbarn zu natürlichen Verbündeten Österreichs machen würde. In der Tat vergiftete das bayerische Bemühen um eine Landbrücke zur Pfalz die Beziehungen der Süddeutschen untereinander derart, daß das für einen freiwilligen Zusammenschluß in einem von der Regionalmacht Bayern geführten Südbund nötige Vertrauen nicht bestand.

Die Realisierung der von Frankreich verfolgten Idee der Trias wurde auch dadurch unterlaufen, daß Preußen durch den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen mit Württemberg, Baden, Bayern und Hessen - in wenn auch sehr bedingtem Umfange - der Sprung über den Main gelang. Zum Abschluß dieser für den Deutsch-Französischen Krieg nicht unerheblichen Bündnisse trug Frankreich selber - wenn auch ungewollt - bei.

Für den Machtgewinn Preußens durch den Prager Frieden hatte Napoleon III. territoriale Kompensationen im deutsch-französischen Grenzraum gefordert. Dazu gehörten Saarbrücken, Landau, Luxemburg, die bayerische Pfalz sowie das linksrheinische Hessen mit Mainz. Bismarck ließ sich einen entsprechenden französischen Vertragsentwurf aushändigen und zeigte ihn den süddeutschen Regierungen, die darauf in der erwarteten Weise reagierten. Auf der Suche nach Schutz vor den französischen Expansionswünschen zeigten sie sich zu den Verteidigungsbündnissen mit Preußen bereit.

Der preußische Ministerpräsident Otto Graf von Bismarck wagte es nicht, Napoleons Forderungen rundheraus abzulehnen, und versuchte deshalb, dessen Aufmerksamkeit von deutschem auf nichtdeutsches Territorium zu lenken, zu dem er neben dem belgischen auch das luxemburgische zählte. Die französische Regierung ließ sich darauf ein, und so wurde Bismarck nun ein Vertragsentwurf ausgehändigt, der Belgien und Luxemburg als Kompensationen vorsah.

Mit dem Großherzogtum, das in Personalunion mit den Niederlanden verbunden war, wollte die französische Regierung beginnen, getreu dem Motto ihres Botschafters in Berlin, Vincent Graf Benedetti: "Einmal in Luxemburg, sind wir auf der Straße nach Brüssel, wir werden auf diesem Weg um so schneller dort eintreffen."

Bismarck war grundsätzlich einverstanden, da "hier der natürliche Machtzuwachs liege, wie er sowohl durch Nationalität und Sprache, als durch das defensive System Frankreichs vorgezeichnet werde". Bismarck betrachtete Luxemburg als einen nichtdeutschen Staat, in dem "die Stimmung namentlich unter den Reichen vielleicht mehr nach Paris gewandt sei", und signalisierte deshalb der französischen Regierung grundsätzliches Einverständnis.

Aber er wußte auch, daß die Nationalbewegung in seinem Land mehrheitlich anders dachte. Luxemburg ist immerhin bis zu dessen Ende 1866 Mitglied des Deutschen Bundes gewesen,

und bei der Landessprache Luxemburgisch handelt es sich um eine moselfränkische Mundart des Deutschen. Bismarcks Einverständnis mit einer Einverleibung des Großherzogtums durch das Kaiserreich konnte deshalb nur ein geheimes sein, wollte er nicht die deutsche Nationalbewegung gegen sich aufbringen. Er versuchte, dieses den Franzosen zu signalisieren, und mahnte sie, die Vorbereitungen im geheimen vorzunehmen, um dann Preußen scheinbar vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die französische Regierung verhielt sich entsprechend dem Rat und trat in Geheimverhandlungen mit dem luxemburgischen Großherzog ein, mit dem Ziel eines Kaufes des Landes. Der unter Geldnot leidende Wilhelm III. war hieran auch durchaus interessiert, doch wollte er in dieser Sache nichts ohne die ausdrückliche Zustimmung der Preußen machen, die aus der Zeit des Deutschen Bundes noch Truppen in der vormaligen Bundesfestung stationiert hatten.

Entgegen dem wohlbegründeten Rat der Franzosen fragte er offiziell den preußischen König nach dessen Meinung. Offiziell gefragt, konnte die Antwort der preußischen Staatsführung nur negativ lauten, wollte sie nicht als Vaterlandsverräter dastehen (und jede Hoffnung auf eine deutsche Einigung unter ihrer Führung aufgeben). Wilhelm III. brach daraufhin die Beziehungen mit den Franzosen ab.

Für diese Blamage machte Napoleon Bismarck verantwortlich, der ihn hinterhältig in eine Falle gelockt habe. Das Vertrauensverhältnis war zerstört, die preußisch-französischen Beziehungen belastet bis zerrüttet, ein Einverständnis Frankreichs zur Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main undenkbar.

Im britischen Außenministerium wurde die Situation auf den Punkt gebracht: "Frankreich würde, wenn es inzwischen nicht weiser werde, die deutsche Einigung als casus belli betrachten". "Sehr wahr und weise", kommentierte deshalb Bismarck in einer Randglosse eine Bemerkung seines Königs, er selbst werde die Einigung Deutschlands nicht erleben, ob sein Sohn stehe dahin, vielleicht erst sein Enkel.

Doch dann brachte die spanische Thronfolgefrage eine ungeahnte Dynamik in den deutschen Einigungsprozeß. 1868 wurde in Spanien Königin Isabella II. von ihrem eigenen Militär gestürzt. Auf der Suche nach einem Nachfolger trat der Ministerrat an Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen heran. Bismarck war klar, daß ein Hohenzollernprinz auf dem Throne Karls V. bei den Franzosen unangenehme Erinnerungen an die Zeit der habsburgischen Umklammerung wachrufen würde.

Das motivierte ihn, die Kandidatur zu fördern, getreu der Devise: "In unserem Interesse liegt es, daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibt, und eine für Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die uns nützliche." Entsprechend Bismarcks Rat stellte sich Leopold am 19. Juni 1870 als Kandidat zur Verfügung. Zwei Tage später wurde die Kandidatur vom Chef des Gesandtschafts, dem preußischen König Wilhelm I., gebilligt.

Als jedoch die Kandidatur in Paris bekannt wurde, brauchte die französische Regierung nur entschlossen genug zu reagieren, um die Hohenzollern zum Nachgeben zu bewegen. Auf ein entsprechendes Handschreiben Wilhelms I. hin zog Leopold seine Kandidatur zurück. Was dann geschah, erfuhr die damalige Öffentlichkeit durch die von Bismarck durch Reduktion pointierte Emser Depesche:

"Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Maje-

stät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Keine Woche später, am 19. Juli 1870, erklärte das französische Kaiserreich dem preußischen Königreich den Krieg.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gelang es Preußen mit seinen Verbündeten, Frankreich zu besiegen und damit das letzte externe Hindernis auf dem Weg zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter seiner Führung aus dem Weg zu räumen. Ebenso wie bei der Frage des Kriegseintrittes konnten sich die süddeutschen Regierungen auch in jener des Beitritts zum Norddeutschen Bund dem Sog der Nationalbewegung kaum entziehen. Und wo das nicht reichte, kam Bismarck den Regierungen mit der Gewährung von Sonderrechten entgegen.

Nachdem der Norddeutsche Bund durch den Beitritt der Süddeutschen zum Deutschen Reich geworden war und der Herrscher des zweitgrößten Mitgliedsstaates, Ludwig II. für eine jährliche Pension von 100.000 Talern dem bisherigen sogenannten Präsidium, sprich Wilhelm I., die Kaiserkrone angeboten hatte, konnte am 18. Januar 1871 der König von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert werden. Dieser Akt im Spiegelsaal von Versailles versinnbildlichte wie kein anderer für das Gros der (Reichs-)Deutschen die Erfüllung des nationalen Traums von der Deutschen Einheit.

### **Was für den Kriegsausgang von Bedeutung war**

Frankreichs Niederlage hat zweifellos auch militärische Gründe. Wie schon 1866 verlief auch diesmal die preußische Mobilisierung - ganz im Gegensatz zur französischen - schnell und reibungslos, so daß die Preußen schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen. Trotz diverser Disziplinlosigkeiten auf preußischer Seite kam doch in diesem Einigungskrieg die Genialität des Generalstabschefs Helmuth von Moltke in einer Weise zur Geltung wie in keinem der vorausgegangenen.

Hier konnte er in den Schlachten von Sedan und Metz sein Konzept der Umfassungs- und Vernichtungsschlacht anders als bei Königgrätz, wo den Österreichern das Entweichen aus der Umklammerung gelungen war, vollständig umsetzen. Hinzu kam eine hohe Motivation bei den deutschen Truppen, und damit kommen wir zu den politischen Gründen für den Kriegsausgang.

Zu seiner Überraschung mußte das Empire feststellen, daß es nicht nur Preußen und dem Norddeutschen Bund, sondern der geballten Kraft des späteren Deutschen Reiches - mit Ausnahme des damals noch zu Frankreich gehörenden Elsaß-Lothringen - gegenüberstand. Eine ungeahnte nationale Begeisterung und Solidarität hatte das Land erfaßt, die es den süddeutschen Regierungen unmöglich machte, den Bündnisfall nicht als gegeben anzusehen.

Dazu hatte das Kaiserreich das Seinige beigetragen. Es hatte Preußen den Krieg erklärt, und nicht nur in Deutschland wurden eher die Forderungen des französischen Botschafters Benedetti als die Reaktion des preußischen Königs Wilhelm I. hierauf als Zumutung und Provokation betrachtet.

Neben diesen generellen gab es für die einzelnen Großmächte noch spezielle Gründe, Frankreich nicht beizuspringen. Einige seien hier genannt. Das Königreich Italien wünschte sich den vom katholischen Empire geschützten Kirchenstaat einzuverleiben. Für die Habsburgermonarchie bot der Deutsch-Französische Krieg zwar zumindest theoretisch die Chance einer Revanche für 1866, doch hatte der antifranzösische Zorn der deutschen Nationalbewegung nicht an den Grenzen Bayerns, Sachsens und Preußens haltgemacht, sondern auch große Teile der deutschen Volksgruppe in der Habsburger Doppelmonarchie erfaßt.

Auch unter den Ungarn stieß die Idee eines Kampfes gegen Preußen auf Widerstand, denn immerhin hatte deren Sieg über Österreich den Magyaren erst mit dem sogenannten Ausgleich von 1867, der in der neuen Bezeichnung Österreich-Ungarn signifikant zum Ausdruck kam, die Gleichberechtigung mit den Deutschen in der Donaumonarchie gebracht. Ihnen war die

deutsche Frage ziemlich egal. Sie sorgten nun dafür, daß sich das Habsburgerreich vermehrt ihrem Interessengebiet, nämlich dem Balkan, zuwandte.

Das wiederum trieb Rußland in die Arme Preußens. Davon abgesehen war das Zarenreich während des Deutsch-Französischen Krieges weitgehend damit beschäftigt, in dessen weltpolitischem Windschatten und mit Preußens Unterstützung den Ausgang des verlorenen Krimkrieges zu revidieren und die Souveränität über das Schwarze Meer wiederherzustellen.

Großbritannien schließlich wurde von einem Eingreifen auf seiten Frankreichs nicht zuletzt dadurch abgehalten, daß Bismarck in der Woche nach der französischen Kriegserklärung in der Londoner Times den oben erwähnten französischen Vertragsentwurf bezüglich einer Kompensation durch Luxemburg und Belgien veröffentlichte. Daß die seefahrende Großmacht Frankreich versucht hatte, in den Besitz der der Themsemündung gegenüberliegenden Kanalküste zu gelangen, kostete Napoleon viele Sympathien auf der Insel. Auch in diesem Detail zeigt sich Bismarcks außenpolitische Größe, an deren Fehlen sein Land seit 1890 so sehr leidet.<<

### **Verdeckter französischer Revanchismus und Imperialismus**

Nach der bitteren Kriegsniederlage (1870/71) und der Niederschlagung des Aufstandes der "Pariser Kommune" gründeten die Franzosen am 31.08.1871 ihre "III. Republik". Nach diesen schweren Erschütterungen halten die Regierungen meistens nicht lange durch. Von 1871 bis 1914 wurden in Frankreich etwa 50 Regierungen gebildet (x069/75).

Obwohl die deutschen Truppen alle vorübergehend besetzten französischen Provinzen fair und gerecht verwalteten, vertieften sich die deutsch-französischen Gegensätze. Bismarck begünstigte sogar von 1879-1897 die Ausdehnung des französischen Kolonialbesitzes, aber die französische Grundeinstellung blieb trotz alledem unversöhnlich. Nachdem sich Frankreich von der militärischen Niederlage gegen die Deutschen erholt hatte, erhöhte man innerhalb von wenigen Jahren den französischen Heereshaushalt um 3,0 Mrd. Franc (x063/446).

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden mußten, ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Der Politiker Léon Gambetta (1838-1882), der Schriftsteller und Historiker Edgar Quinet (1803-1875) sowie der Historiker Jules Michelet (1798-1874) schrieben später (x058/267-268): >>(Léon Gambetta): ... Unter der Führung der Republik wollen wir in Zukunft leben, unter einer Form der Regierung, die im wahrhaftigen Sinne die Herrschaft der Freiheit, der Wahrheit, der menschlichen Solidarität unter den Menschen verkörpert. Unter dieser Regierungsform müssen wir in Zukunft alle mit einer Hingabe, die sich durch nichts abschrecken läßt, an der Erneuerung und dem Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten.

Und wissen Sie, meine Freunde, was sie darunter verstehen müssen? Ich will es Ihnen sagen, auf die Gefahr hin, die Ruhe und die Gedanken der neuen Sieger in Unruhe zu bringen: am Wiederaufstieg Frankreichs arbeiten, heißt am Fortschritt des Menschengeschlechts arbeiten, heißt arbeiten an der allgemeinen Zivilisation Europas.

(Edgar Quinet): ... Wenn jemals der Tag der Gefahr kommen sollte, wenn der Morgen der letzten Schlacht anbricht, dann muß im christlichen Bund jedes Volk, im Süden oder im Norden, der lateinischen oder germanischen Gemeinschaft, in Frankreich sein Banner erblicken können. Es darf nicht sein, daß es in der Menschheit ein einziges Recht gibt, daß nicht hier

seinen Schutz, einen einzigen unsterblichen Gedanken, der nicht hier seine Freistatt hat, eine einzige Eroberung der Zivilisation, die hier nicht garantiert wird.

So muß es sein: wer dieses Land verletzt, verletzt alle anderen. Sprechen wir es aus: Wie die ganze heidnische Welt am Wohle des römischen Staates, so muß die ganze christliche Welt am Wohle des französischen interessiert sein.

(Jules Michelet): ... Wo sind denn Deine Schiffe, Deine Maschinen? sagt England und Deutschland: Wo sind Deine Systeme?

Hast Du denn wenigstens, wie Italien, Werke der Kunst zu zeigen? Teure Schwestern, die ihr kommt, Frankreich zu trösten, laßt euch eines antworten. Schaut, Frankreich ist krank, ich sehe sein Haupt gebeugt, es will nicht sprechen.

Wenn man aber aufeinanderhäufen wollte; was jede Nation an Blut und Gold, an Mühen jeglicher Art für uneigennützigte Dinge, die nur der Welt dienen sollten, aufgewendet hat, dann stiege die Pyramide Frankreichs bis zum Himmel ... und die Eure, all Ihr Nationen, die ihr hier seid, die Aufhäufung Eurer Opfer? - bis zum Knie eines Kindes würde sie reichen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):  
>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Französische Truppen besetzten ab 1873 Tongking (Vietnam).

Im Jahre 1882 wurde in Frankreich die Schulpflicht für alle Kinder eingeführt.

Jules Ferry (1832-1893, 1880-81 und 1883-85 französischer Ministerpräsident) schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte bei-

spielsweise die französische Flagge in Tongking (Französisch-Indochina) eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.

Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei, welche ein sicherer Instinkt dem alten Europa als Brückenköpfe der Zivilisation und als Wege in die Zukunft anweist.

Die Bedürfnisse einer ständig wachsenden industriellen Produktion, die zur Vergrößerung gezwungen ist, will sie nicht zum Tode verurteilt sein; die Suche nach unerschlossenen Märkten; ... die Wissenschaft, welche die äußersten Enden der Erde in wenige Stunden Entfernung von London, Berlin oder Paris rückt; die sichtbaren Fortschritte der europäischen Gesellschaft und der Friedensidee; all dies drängt die zivilisierten Nationen dazu, ihre alten Rivalitäten auf das ausgedehntere und fruchtbare Feld weit entfernter Unternehmungen zu verlagern.

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Selbsthaftigkeit ... beschränken kann - eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?

Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den folgenden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...

Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektorsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war. Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. "Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<

Französische Truppen besetzten im Jahre 1885 die Insel Madagaskar.

Kriegsminister Georges Boulanger (1837-91, Selbstmord) propagierte 1886/87 den französischen Revanchekrieg gegen das Deutsche Reich und bekämpfte die parlamentarische Republik Frankreichs (x142/344).

Der französische Schriftsteller Edouard A. Drumont (1844-1917, Begründer des radikalkonservativen Antisemitismus in Frankreich) veröffentlichte im Jahre 1886 in Paris sein zweibändiges Buch "La France Juive" ("Das Jüdische Frankreich"), daß trotz radikaler Judenhetze ein Bestseller wurde.

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Kriegsminister Boulanger wurde im Jahre 1889 gestürzt und muß ins Ausland fliehen.

Im Jahre 1892 verhandelten Frankreich und Rußland über ein antideutsches Militärbündnis ("brüderliche Einigung der befreundeten und verbündeten Nationen"). Dieses Bündnis wurde Ende 1893 ratifiziert.

Frankreich und Rußland schlossen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund (Deutschland, Österreich und Italien) bilden.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war.

Jahrhundertlang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.

Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich (ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten) hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig.

Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde.

Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik. Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.

Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekanntem Dynamik erfaßt werden.

In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland.

Wie James B. Eustis, der ehemalige amerikanische Botschafter in Paris, im Jahr 1897 beobachtete, stand Frankreich "einer von zwei Wegen offen, entweder selbstbewußt und unabhängig bleiben und sich auf die eigenen Ressourcen bei der Begegnung jeder Gefahr stützen ... oder ein Bündnis mit Rußland anstreben, die einzige Macht, zu der es Zugang hatte."

Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<

Französische Truppen besetzten im Jahre 1894 Timbuktu im westafrikanischen Mali.

Französische Truppen besetzten im Jahre 1895 Djibuti in Nordostafrika.

Der französische Unterstaatssekretär E. Etienne berichtete im Jahre 1899 (x056/302): >>Es (gibt) keine Rechtfertigung für die finanziellen Ausgaben und Opfer an Menschen, die wir leisten, um unser Kolonialreich zu errichten. Es ist der Gedanke, die Hoffnung, daß der französische Industrielle, der französische Kaufmann die Möglichkeit haben wird, in die Kolonien den Überschuß der französischen Produktion abzustößen. ...<<

### **Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:**

Frankreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England, Rußland, Österreich, Portugal, Neapel und Osmanisches Reich (1799-1802, 2. Koalitionskrieg), Ägypten (1801), England, Rußland, Österreich und Schweden (1805, 3. Koalitionskrieg), Preußen, Sachsen und Rußland (1806-07), 4. Koalitionskrieg), Spanien (1808-13), Österreich (1809, 5. Koalitionskrieg), Preußen, England, Rußland, Österreich und Schweden (1813-15, Befreiungskriege), Spanien (1823), Algerien (1827-30), Osmanisches Reich (1827), Algerien (1830-47), Spanien (1834-49), Marokko (1844), Vietnam (1847), Rußland (1853-56), China (1857-67), Österreich (1859-61), Vietnam (1859-62, 1867), Libanon (1860-61, Mexiko (1861), Preußen und süddeutsche Staaten (1870-71), Algerien (1871), Vietnam (1873), Tahiti (1880), Indochina (1880/81), China (1884-85), Madagaskar (1885), Timbuktu (1894), Marokko (1894-1908), Djibouti (1895).

### **Frankreichs Außenpolitik des 20. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg**

Gabriel Hanotaux (1853-1944, französischer Historiker und Politiker, von 1894-98 Außenminister, förderte die Annäherung an Rußland und die koloniale Ausdehnung Frankreichs) berichtete im Jahre 1901 während eines Vortrages in Paris (x239/175): >>In weniger als einem halben Jahrhundert wird die Welt aufgeteilt sein; die noch freien Länder werden in Besitz genommen und die neuen Grenzen endgültig gezogen sein. Für neue Expansionen wird kein Platz mehr sein, es sei denn, um den Preis schrecklicher Erschütterungen. ...

Es geht nicht allein um eine gewaltige Zurschaustellung von Eroberungen; es geht auch nicht um die Vergrößerung des öffentlichen und privaten Reichtums; es geht darum, über die Meere hinweg in gestern noch unzivilisierten Ländern die Prinzipien einer Zivilisation auszubreiten, deren sich eine der ältesten Nationen der Erde sehr zu Recht rühmen kann; es geht darum, in unserem Umkreis und in weiter Ferne so viele neue Frankreichs zu schaffen wie möglich; es geht darum, inmitten der stürmischen Konkurrenz der anderen Rassen, die sich alle auf denselben Weg begeben haben, unsere Sprache, unsere Sitten, unser Ideal, den Ruf Frankreichs und des Romanentums zu bewahren. ...<<

Französische Truppen setzten sich ab 1907 in Marokko fest (x142/363).

Als französische Truppen in Marokko mehrere Aufstände der Einheimischen niedergeschlagen hatten und als "Herren des Landes" auftraten, entsandte das Deutsche Reich im Jahre 1911 das Kanonenboot "Panther" nach Agadir (2. "Marokkokrise").

In Frankreich und in England breitete sich im Jahre 1911 eine gefährliche Kriegsstimmung aus (Teilmobilmachung der britischen Flotte). Der französisch-britische Generalstab legte sogar schon die Gefechtsstreifen in Frankreich fest (x098/39).

Aufgrund der akuten Kriegsgefahr (englisch-französische Mobilisierung) zog sich das Deutsche Reich jedoch später endgültig aus Marokko zurück. Marokko wurde ein französisches Protektorat (1912). Das Deutsche Reich erhielt zum Ausgleich französische Kolonien im Kongo.

Raymond Poincaré (1860-1934, 1913-20 französischer Staatspräsident; 1912/13, 1922-24, 1926-29 Ministerpräsident, begründete das Bündnissystem mit Großbritannien und Rußland, vertrat nach dem Ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland eine starre Reparationspolitik, ließ 1923 das Ruhrgebiet besetzen) berichtete später über die zweite Marokkokrise (x233/141):

>>Es gab zweifellos eine mögliche Politik, uns von unseren Freunden und Alliierten zu isolieren, um Deutschland zu beruhigen. ... Aber diese Politik, die niemand ... zu empfehlen wagte, hätte uns rasch dem Reich der Hohenzollern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Sie hätte die endgültige Unterordnung Frankreichs, seine wirtschaftliche und moralische Knechtschaft, seinen unvermeidlichen Niedergang bedeutet.

Die Regierung war einhellig der Meinung, daß wir, anstatt unsere Ententen zu lockern, uns um ihre Festigung bemühen sollten, ohne ihren strikten defensiven Charakter zu verändern.<<  
Der französische Botschafter Paul Cambon (1843-1924) schrieb im Januar 1912 aus London an Ministerpräsident Raimund Poincaré (x307/328): >>... Gegen Österreich hegt es (Italien) eine latente Feindseligkeit, die nichts besänftigen kann; was Frankreich betrifft, haben wir Grund zu der Annahme, daß es (Italien) im Falle eines Konflikts neutral bleiben oder wahrscheinlich den Gang der Ereignisse abwarten werde, ehe es sich beteiligt. Folglich müssen wir es (Italien) unbedingt enger an uns binden.<<

Marokko wurde im Jahre 1912 ein französisches Protektorat. Spanien erhielt das Rifgebiet.

Ab 2. Januar 1914 veröffentlichte die Pariser Zeitung "Le Matin" eine fünfteilige Reihe über "Das größere Rußland".

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über diese sensationelle Veröffentlichung (x307/538-539): >>Die von Chefredakteur Stéphane Lauzanne, der erst kurz zuvor von einer Reise aus Moskau und St. Peterburg zurückgekehrt war, verfaßten Artikel beeindruckten Leser in Berlin nicht nur wegen der hämischen Angriffslust im Ton, sondern auch durch die offensichtliche Genauigkeit und Struktur der darin enthaltenen Informationen.

Der wohl alarmierendste Beitrag war eine Landkarte mit der Überschrift "Der Kriegsplan Rußlands". Das gesamte Gebiet zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war darauf dicht übersät von einem Archipel aus Truppenkonzentrationen, die über ein Gitter aus Bahnlinien miteinander verbunden waren. Aus dem dazugehörigen Kommentar ging hervor, daß dies "die genauen Stellungen der russischen Armeekorps zum 31. Dezember 1913" waren; der Leser wurde ausdrücklich aufgefordert, "die außergewöhnliche Ansammlung von Streitkräften an der russisch-preußischen Grenze" zu beachten.

Die Artikel brachten eine etwas fantastische und übersteigerte Sichtweise der russischen militärischen Stärke zum Ausdruck und dienten möglicherweise in Wirklichkeit dazu, den Widerstand gegen das neue (französische) Rußland-Darlehen zu schwächen, aber auf deutsche Leser, die über die gigantischen Darlehen Bescheid wußten, die erst kurz zuvor zwischen Frankreich und Rußland vereinbart worden waren, übten sie eine alarmierende Wirkung aus.

Der Effekt wurde noch durch die Vermutung gesteigert, daß die enthaltenen Informationen von einer Regierungsquelle stammten. Die Zeitung "Le Matin" stand bekanntlich Poincaré nahe, und es war kein Geheimnis, daß sich Lauzanne auf seiner Rußlandreise mit Sasonow und hohen russischen Militärs getroffen hatte.

Es gab noch viele, ähnlich haarsträubende Unternehmen mit lancierten Presseartikeln: In einem Leitartikel zum Neujahr, der um die gleiche Zeit erschien, brachte die (russische) Militärzeitschrift "Raswetschik" ("Aufklärer"), die gemeinhin als das Organ des Generalstabs galt, eine schaurige Vision von dem bevorstehenden Krieg gegen Deutschland:

Doch nicht nur die Truppe, das ganze russische Volk muß daran gewöhnt werden, daß wir uns zum Vernichtungskampf gegen die Deutschen rüsten und daß die deutschen Reiche vernichtet werden müssen, auch wenn wir dabei Hunderttausende von Leben verlieren müssen.

Diese Form der halboffiziellen Propagandamache hielt bis in den Sommer hinein an. ...<<

Der französische Botschafter Cambon schrieb am 30. Juli 1914 aus Berlin an Ministerpräsident Viviani (x245/30-31): >>Einer der Botschafter, mit dem ich die engsten Beziehungen habe, hat um 2 Uhr Herrn Zimmermann gesehen. Nach Aussage des Unterstaatssekretärs dringen die militärischen Behörden sehr darauf, daß die Mobilmachung angeordnet werde, da jede Verspätung Deutschland um einige seiner Vorteile bringe. Doch bis jetzt ist es gelungen, dem Drängen des Generalstabs, der in der Mobilmachung den Krieg erblickt, zu widerstehen. Wie dem auch sei, die Mobilmachung kann von einem Augenblick zum andern beschlossen werden.

Ich weiß nicht, wer in den "Lokal-Anzeiger", ein im allgemeinen halbamtliches Blatt, eine

verfrühte Nachricht gebracht hat, die geeignet ist, die Gemüter in Frankreich zu erregen. Es kommt darauf an, die Mobilmachungsmaßnahmen in Frankreich erst dann zu veröffentlichen, wenn sie in Deutschland mit Sicherheit beschlossen sind, damit die englische öffentliche Meinung, die in den Ereignissen eine so große Rolle spielt, uns nicht irgendeine Initiative zuschreiben kann, die zum Krieg führte.

Ich habe Anlaß zur Annahme, daß alle Mobilmachungsmaßnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehls durchgeführt werden können, hier getroffen worden sind. Offensichtlich möchte man erreichen, daß wir unsere Mobilmachung zuerst bekannt geben. Wir dürfen diese Kalkül aber nicht aufgehen lassen und dürfen der Ungeduld nicht nachgeben, die sicherlich in der Presse und der öffentlichen Meinung in Paris entstehen wird.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über den französischen Diplomaten Paul Cambon (x307/256-257): >>Cambon hielt sich nicht für einen untergeordneten Angestellten seiner Regierung, sondern für einen Diener Frankreichs, dessen großes Wissen ihn für eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozeß qualifizierte.

Das überhöhte Selbstwertgefühl Cambons (das im Übrigen viele Botschafter teilten) wurde von der Überzeugung getragen, daß man Frankreich nicht nur repräsentierte, man "personifizierte" es. Obwohl Cambon von 1898 bis 1920 Botschafter in London war, sprach er kein Wort Englisch. Bei seinen Begegnungen mit Edward Grey (der seinerseits kein Französisch sprach) bestand er darauf, daß jede Äußerung ins Französische übersetzt wurde, selbst so leicht verstehbare Wörter wie "Yes".

Er war wie viele Mitglieder der französischen Elite, fest überzeugt, daß Französisch die einzige Sprache sei, mit der man rationale Gedanken ausdrücken könne und lehnte die Gründung französischer Schulen in Großbritannien mit der abwegigen Erklärung ab, in Großbritannien aufgewachsene Franzosen seien am Ende tendenziell geistig zurückgeblieben. ...<<

Der belgische Gesandte in Paris schrieb am 31. Juli 1914 (x307/607): >>Der französische Generalstab ist für den Krieg. ... Der französische Generalstab will den Krieg, weil er den Augenblick für günstig hält und weil man endlich einmal Schluß machen müsse.<<

Die französische Regierung beantwortete am 1. August 1914 das deutsche Ultimatum mit dem Hinweis, daß man sich durch seine eigenen Interessen leiten lassen werde (x063/482).

Um 16.55 Uhr ordnete Frankreich die allgemeine Mobilmachung an (x056/315).

Das Deutsche Reich kam der französischen Kriegserklärung zuvor und erklärte Frankreich am 3. August 1914 den Krieg.

Der französische Botschafter in Sankt Petersburg schrieb am 20. August 1914 (x261/205): >>Der jetzige Krieg gehört nicht zu denjenigen, die durch einen politischen Vertrag beendet werden; ... es ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt. ...<<

Der russische Botschafter berichtete am 13. Oktober 1914 über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Delcassé in Paris (x239/204): >>Mit dem Vorbehalt, daß es jetzt noch zu früh sei, "das Fell des Bären zu verkaufen", ... gab Delcassé zu, daß es nicht sinnlos wäre, unter Verbündeten die gegenseitigen Ansichten und Wünsche beizeiten klarzustellen.

Er sei überzeugt, daß dabei zwischen Rußland, Frankreich und England keine Unstimmigkeiten entstehen könnten. ... Für sich suche Frankreich in Europa keine Gebieteserwerbungen, natürliche mit Ausnahme der Rückgabe Elsaß-Lothringens. In Afrika strebe es ebenfalls nach keinen neuen Erwerbungen und werde sich mit der Berichtigung einiger kolonialer Grenzen begnügen.

Sodann sei das Hauptziel Frankreichs - und darin seien alle drei verbündeten Mächte völlig solidarisch - die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Man müsse es so machen, daß die einzelnen deut-

schen Staaten selbst daran interessiert seien.

Von den Einzelheiten der künftigen Organisation Deutschlands zu sprechen, sei noch verfrüht. England werde wahrscheinlich die Wiederherstellung eines selbständigen Hannovers verlangen, und dem würden sich natürlich weder Rußland noch Frankreich widersetzen. Schleswig und Holstein müßten an Dänemark fallen. ...

England suche ebenfalls keine Erwerbungen in Europa, werde aber kolonialen Zuwachs auf Kosten Deutschlands verlangen. ...

Was Rußland betreffe, so ... werde Rußland natürlich die Freiheit der Meerengen ... fordern und hier werde Rußland volle Unterstützung bei Frankreich finden. ...<<

Masaryk, Benesch und andere tschechische Politiker planten im Jahre 1915 in Paris die Beseitigung der Habsburger und die Gründung eines tschechoslowakischen Staates (x206/25).

Masaryk schrieb im Jahre 1915 in einer vertraulichen Denkschrift für französisch-britische Politiker, daß Rußlands Wünsche und Pläne für die tschechischen Politiker entscheidend wären (x120/34).

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden.

Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand (1862-1932) allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68). Briand, der im Jahre 1926 mit Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis erhielt, strebte eigentlich erst ab 1925 eine Verständigung mit Deutschland an.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die deutschen Friedensangebote seit 1916 (x057/194): >>Nachdem schon 1916 ein deutsches Friedensangebot von den Gegnern abgelehnt worden war, erfolgte unter Führung des Zentrumsabgeordneten Erzberger die Friedensresolution des Reichstages (1917). Darin wurde ein "Frieden der Verständigung ohne Annexionen" angeboten, aber ohne Erfolg.

Anfang 1918 hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen "Vierzehn Punkten" die Grundlage eines Friedens aufgestellt. Die von Prinz Max von Baden gebildete Regierung rief Wilson als Vermittler an und bat um Waffenstillstand und Einleitung von Friedensverhandlungen auf Grund der "Vierzehn Punkte" (Oktober 1918).<<

In einer Note des russischen Außenministers vom 14. Februar 1917 an den französischen Botschafter in Petersburg hieß es (x243/10): >>Euer Exzellenz (waren) so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige ...

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.

2. ... Das ganze Eisenerzrevier Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarreviers (werden) einverleibt. ...

3. Die übrigen linkrheinischen Gebiete ... sollen von Deutschland ganz abgetrennt (werden). ...

4. Die linksrheinischen Gebiete, die ... nicht einverleibt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen (des Friedensvertrages) erfüllt haben werden. ...<<

Frankreich und Rußland vereinbarten während ihrer Geheimverhandlungen am 11. März 1917 die Aufteilung des Deutschen Reiches: Frankreich sollte demnach Elsaß-Lothringen und das Saargebiet erhalten, während Rußland seine westlichen Grenzen "selbst bestimmen" konnte. Der Rest des Deutschen Reiches sollte als "Pufferstaat" dienen (x041/69).

Einige französische Politiker forderten am 22. Juli 1917 die vollständige Auflösung des Deutschen Reiches.

In England und Frankreich übernahmen Anfang 1918 Lloyd George und Georges Clemenceau die Leitung des Krieges (Oberbefehl: Frankreich).

Georges Clemenceau (1841-1929, französischer Minister- und Kriegspräsident) der später den Vorsitz der "Friedensverhandlungen" übernahm, setzte in Versailles alle französischen Forde-

rungen unerbittlich durch. Clemenceau (Beiname: "Der Tiger", prägte damals z.B. den Ausspruch: "Frieden ist nur die Fortsetzung des Krieges") war ein unnachgiebiger, rachsüchtiger Greis, der besonders durch die bittere französische Niederlage von 1870/71 geprägt worden war.

Clemenceau, der die Zerschlagung des Deutschen Reiches und Errichtung von kleinen Teilstaaten sowie die Abtrennung des Rheinlandes anstrebte, erklärte später (x063/521): >>... Je mehr einzelne und unabhängige Republiken in Deutschland errichtet werden, desto glücklicher werde er sein ...<<

Französische Befürworter eines Verständigungsfriedens wurden damals kurzerhand verhaftet (x054/184).

Die deutsche Waffenstillstandskommission wurde am 5. November 1918 durch Marschall Foch empfangen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission (Verhandlungsführer: Matthias Erzberger, ab 1919 Finanzminister, wurde später als "Novemberverbrecher" von Rechtsradikalen ermordet) verhandelte vom 8. bis zum 11. November 1918 in Compiègne (französische Stadt an der Aisne) über die Waffenstillstandsbedingungen.

Marschall Ferdinand Foch (1851-1921, französischer Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte) lehnte während der rücksichtslosen Verhandlungen fast alle Änderungswünsche der Deutschen ab.

Die französische Regierung lehnte am 20. Dezember 1918 die geforderte Volksabstimmung im Sudetenland ab. England schloß sich im Januar 1919 an.

Der französische Marschall Foch, Oberbefehlshaber der alliierten Heere, schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...

Die Natur hat nur eine Schranke über den Weg des einbrechenden Feindes gezogen: den Rhein. Er muß ... schon im Frieden besetzt und befestigt werden. ...<<

Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärte im Juni 1921 (x340/202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. ... Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<